



Pesticide
Action
Network
Europe

GLOBAL 2000

WIR
KÄMPFEN
FÜR DAS
SCHÖNE.



MIT VERBUNDENEN AUGEN ZIELEN

Wie der Rat der EU das Versprechen des Green Deal zu Pestiziden untergraben möchte

INHALT

Kurzfassung	3
Hintergrund	3
Die Ratsdokumente	5
Ergebnisse	6
Diskussion	10
Anhang	12

AUTOREN

Dr. Martin Dermine, Environment and Health Policy Officer, PAN Europe

Dr. Helmut Burtscher-Schaden, Biochemiker, GLOBAL 2000

KORRESPONDENZAUTOR

Dr. Helmut Burtscher-Schaden, E-Mail: helmut.burtscher@global2000.at, Telefon: 0699/14 2000 34

Die Autoren danken Alice Bernard und Adam Weiss von ClientEarth, Eoin Dubsy von SomeOfUs und Nina Holland von Corporate Europe Observatory für ihre wertvolle Unterstützung.

IMPRESSUM

Medieninhaberin, Eigentümerin und Verlegerin: Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien, Tel. (01) 812 57 30, E-Mail: office@global2000.at, www.global2000.at, ZVR: 593514598, Für den Inhalt verantwortlich: Martin Dermine/Helmut Burtscher-Schaden, Redaktion: Selina Englmayer/Carin Unterkircher, Layout: Alexandra Lechner, Cover: zuperia/Shutterstock

© 2022, Martin Dermine & Helmut Burtscher-Schaden

KURZFASSUNG

Die Halbierung des Pestizid-Einsatzes und des Risikos von Pestiziden bis 2030 ist eine der wichtigsten Maßnahmen des European Green Deal, um den Biodiversitätsverlust einzudämmen und gesunde Ökosysteme zu fördern. Derzeit fehlen jedoch aussagekräftige Daten, die zeigen, welche Pestizide wo, wann und in welchen Mengen zur Herstellung von Lebensmitteln und zu anderen Zwecken eingesetzt werden.

Auf diesen Mangel reagierte die Europäische Kommission im Februar 2021 mit einem Gesetzesvorschlag, der Verordnung über Statistiken des landwirtschaftlichen Inputs und Outputs (SAIO-Verordnung). Dieser Vorschlag würde die Mitgliedstaaten dazu verpflichten, der Kommission (Eurostat) jährliche Statistiken über den Pestizideinsatz zu übermitteln. Diese Daten sollen auf den bestehenden Aufzeichnungen der Landwirte und Landwirtinnen über ihren Pestizideinsatz beruhen. Solche Aufzeichnungen sind seit 2011 für alle Betriebe verpflichtend und sollen zukünftig in elektronischer Form erfolgen und übermittelt werden.

Während der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments die Schlüsselemente des SAIO-Vorschlags in Bezug auf Pestiziddaten beibehielt und verbesserte, nahmen die Mitgliedstaaten in den nicht-öffentlichen Sitzungen des Rats weitreichende Verwässerungen vor.

Um Einblick in die Hintergründe zu erhalten, beriefen sich die Autoren dieses Berichts auf das Recht auf Zugang zu Dokumenten der Europäischen Union. In diesem Bericht zeigen wir anhand dieser Dokumente, wie der Rat – und insbesondere eine Gruppe von zehn Mitgliedstaaten – den SAIO-Vorschlag in einer Weise verwässerte, die es unmöglich macht, das Ziel einer 50-prozentigen Pestizidreduktion zu messen. Ein solches Gesetz wäre unbrauchbar; das Reduktionsziel des Green Deal ein leeres Versprechen.

Die Biodiversitäts- und Klimakrise verlangt nach einer zielgerichteten, auf belastbare Daten gestützten Umsetzung und Überwachung der europäischen Politiken im Bereich des Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Sicherzustellen, dass wir endlich wissen, welche Pestizide wo, wann und in welchen Mengen eingesetzt werden, ist dafür essentiell. „Mit verbundenen Augen zielen“ hingegen ist keine erfolgversprechende Strategie.

Mit Blick auf den Beginn des Trilog am 3. Februar 2022 fordern wir alle Verhandlungspartner (Europäisches Parlament, Rat und Europäische Kommission) auf, der Bedeutung genauer und vergleichbarer jährlicher Daten über den Pestizideinsatz Rechnung zu tragen und konstruktiv an einer wirksamen SAIO-Verordnung zu arbeiten, die vollständig in andere EU-Politiken integriert ist.

HINTERGRUND

In der Europäischen Union sind derzeit mehr als 400 verschiedene Pestizidwirkstoffe zugelassen. Jährlich werden rund 350.000 Tonnen dieser Wirkstoffe eingesetzt. Rückstände dieser Pestizide werden in Boden, Wasser und Lebensmitteln sowie im menschlichen Körper nachgewiesen.

Die damit verbundenen Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt sollte der 2009 von den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament gemeinsam verabschiedete Rechtsrahmen für den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden ([Richtlinie \(EG\) Nr. 128/2009](#)) und die Verordnung über das Inverkehr-

bringen von Pflanzenschutzmitteln ([Verordnung \(EG\) Nr. 1107/2009](#)) eindämmen. Die Richtlinie 128/2009 verpflichtet die Mitgliedstaaten, nationale Aktionspläne aufzustellen, in denen quantitative Ziele, Fristen und Maßnahmen zur Verringerung der Risiken durch Pestizide und der Abhängigkeit von ihnen festgelegt werden. Dazu gehört auch die Überwachung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen anhand der quantitativen Ziele. Gemäß Artikel 67 der Verordnung 1107/2009 müssen Landwirte und Landwirtinnen als gewerbliche Verwender:innen von Pestiziden die Art und Menge der von ihnen ausgebrachten Pestizide registrieren und drei Jahre lang Aufzeichnungen führen (mindestens über Produkt, Zeit-

punkt, Menge, Fläche und Kultur). Diese Daten müssen aufbewahrt und den zuständigen Behörden auf Verlangen zur Verfügung gestellt werden. Dritte, wie z. B. Wasserversorger, können diese Aufzeichnungen bei den zuständigen Behörden anfordern. Die [Verordnung \(EG\) Nr. 1185/2009](#) über Statistiken zu Pestiziden wiederum verpflichtet die Mitgliedstaaten, Verkaufsdaten von Pestiziden jährlich an die EU-Kommission zu berichten, während Daten über die Verwendung von Pestiziden nur alle fünf Jahre und nur für die von den jeweiligen Mitgliedstaaten als relevant erachteten Kulturen an die EU-Kommission übermittelt werden müssen.

Evaluierungen durch die EU-Kommission und den Europäischen Rechnungshof haben jedoch gezeigt, dass die Umsetzung obiger Rechtsvorschriften durch die Mitgliedstaaten mangelhaft war. Nach Ansicht der Kommission haben es die Mitgliedstaaten [versäumt](#), klar definierte und ergebnisorientierte Ziele zur Verringerung der Risiken von Pestiziden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt festzulegen. Infolgedessen waren die Fortschritte bei der Messung und Verringerung der Risiken des Pestizideinsatzes in der EU „[begrenzt](#)“, konnte der Biodiversitätsverlust auf landwirtschaftlichen Nutzflächen „[nicht gestoppt](#)“, und der Rückgang wilder Bestäuber „[kaum aufgehhalten](#)“ werden, so der Rechnungshof. Darüber hinaus betonten die Prüfer, dass die von der Kommission (Eurostat) veröffentlichten Statistiken über die Wirkstoffe in Pestiziden und deren Verwendung [nicht detailliert genug](#) sind, um von Nutzen zu sein, da die von den Mitgliedstaaten übermittelten Daten über den Pestizideinsatz weder ausreichend harmonisiert noch aktuell sind.

Angesichts des fehlenden Erfolgs der bisher gesetzten Rechtsakte will sich die Kommission nun auf verbindliche Vorgaben und quantitative Ziele im Rahmen des Green Deal konzentrieren. So sehen die im Mai 2020 präsentierten Strategien „Vom Hof auf den Tisch“ und die Biodiversitäts-Strategie als zentrale Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt eine Reduktion der europaweiten Verwendung und des Risikos von Pestiziden bis zum Jahr 2030 um 50 Prozent vor.

Eine Grundvoraussetzung für das Erreichen des Pestizidreduktionsziels ist die Möglichkeit, den Fortschritt zu messen. Dies erfordert die regelmäßige Erhebung genauer, zuverlässiger und aktueller Daten über den Einsatz von Pestiziden in den Mitgliedstaaten. Bis zum Jahr 2022 sind jedoch noch keine aussagekräftigen Daten über den Pestizideinsatz verfügbar.

Vor diesem Hintergrund hat die Kommission am 2. Februar 2021 ihren Mitgesetzgebern einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik des landwirtschaftlichen Inputs und Outputs (SAIO-Vorschlag) vorgelegt. Der [SAIO-Vorschlag](#) (und sein [Annex](#)) beinhaltet unter anderem eine Neuregelung der Berichtspflichten über die Verwendung von Pestiziden, sodass diese den Anforderungen des European Green Deal gerecht werden. Anstatt alle fünf Jahre sollen die Mitgliedstaaten jährlich Daten über den Einsatz von Pestiziden sammeln und an Eurostat übermitteln. Zu diesem Zweck hätten sie – elektronisch – Zugang zu den Betriebsaufzeichnungen der Pestizidanwender.

Im Europäischen Parlament wurde der SAIO-Vorschlag dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) zugewiesen, wo er im Oktober 2021 nach Verhandlungen zwischen den Fraktionen [mit Änderungen angenommen](#) wurde. Der AGRI-Ausschuss unterstützte zentrale Punkte des Legislativvorschlags, wie die Dokumentation der Nutzungsdaten in elektronischer Form und die jährliche Berichterstattung an die Kommission. Das Europäische Parlament fügte außerdem wichtige Transparenzgarantien hinzu, um sicherzustellen, dass Eurostat Pestizidverwendungsdaten in einer aussagekräftigen Detailtiefe veröffentlichen würde.

Im Rat hingegen erfuhr der SAIO-Vorschlag substantielle Verwässerungen ([Verhandlungsmandat](#) mit [Anhang](#)).

Am 3. Februar 2022 beginnen die ersten offiziellen Gespräche zwischen dem Parlament und dem Rat im Rahmen des Trilogs. Ihre Positionen klaffen in vielen Punkten weit auseinander. Vom Ausgang dieser Verhandlungen wird abhängen, ob die wichtigen Umwelt- und Gesundheitsziele der SAIO-Verordnung letztlich erreicht werden können.

Die gemeinnützige Umweltschutzorganisation ClientEarth hat die vorgeschlagenen Änderungen im Ratsmandat identifiziert, die besonders problematisch sind.¹ Ausgehend von dieser Analyse untersuchen wir im Folgenden, wie einige der Änderungen, die die Verwässerung des SAIO-Vorschlags am besten veranschaulichen, ihren Weg in den Standpunkt des Rates fanden. Wir untersuchen auch den Beitrag der einzelnen Mitgliedstaaten. Als Grundlage für diese Untersuchung dienten Ratsunterlagen, die GLOBAL 2000 und das Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN Europe unter Berufung auf das Recht auf Zugang zu EU-Dokumenten erhalten hatten.

¹ ClientEarth: Time to fill the data gap on the use of pesticides - Analysis of the Council position on the reform of pesticides statistics (January 2022): <https://www.clientearth.org/latest/documents/time-to-fill-the-data-gap-on-the-use-of-pesticides/>

DIE RATSDOKUMENTE

GLOBAL 2000 und PAN Europe beantragten am 21. Oktober 2021 beim Generalsekretariat des Rates Zugang zu Ratsdokumenten über die Verhandlungen zur SAIO-Verordnung. Wir erhielten 49 Dokumente am 12. November 2021. Anhand dieser Ratsdokumente haben wir festgestellt, welcher schriftliche Austausch hinter verschlossenen Türen im Rat stattgefunden hat. Die wichtigsten Dokumente sind über die nachstehenden Links zugänglich.

Am 19. Februar 2021 führte die Gruppe „Statistik“ des Rates (ein Vorbereitungsgremium innerhalb des Rates) im Rahmen ihrer ersten Videokonferenz unter portugiesischem Vorsitz einen ersten Meinungs austausch über den Vorschlag durch. Die portugiesische Ratspräsidentschaft begann die Diskussionen über SAIO mit einer Präsentation der Kommission ([WK 02449](#)), in der sie erläuterte, dass sie vorschlägt, die Datenerhebung um jährliche Daten zum Pestizideinsatz, zum ökologischen Landbau und zu Grünland- und Weidemodulen zu erweitern, um die Erreichung der Ziele im Zusammenhang mit dem European Green Deal und den Strategien „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie zu überwachen.

Im Rahmen der Sitzung wurden die Delegationen gebeten, ihre ersten schriftlichen Kommentare und Vorschläge zu übermitteln. Vierundzwanzig Mitgliedstaaten übermittelten eine oder mehrere Stellungnahmen. Beiträge von Belgien ([01580-add4](#)), Bulgarien ([01580-add16](#)), der Tschechischen Republik ([01580-add10](#)), Dänemark ([01580-add9](#) und [1580-add9_COR1²](#)), Deutschland ([01580-add11](#)), Estland ([01580-add 12](#)), Irland ([01580-add 6](#)), Griechenland ([01580-ad15](#)), Spanien ([01580-add13](#)), Frankreich ([01580-add23](#)), Kroatien ([01580-add20](#)), Italien ([01580-add8](#)), Zypern ([01580-add 7](#)), Lettland ([01580-add24](#)), Litauen ([01580-add5](#)), Ungarn ([01580-add17](#)), Malta ([01580-add18](#)), den Niederlanden ([01580-add14](#)), Österreich ([01580-add3](#)), Polen ([01580-add22](#)), Slowenien ([01580-add19](#)), Slowakei ([01580-add2](#)), Finnland ([01580 - add1](#)) und Schweden ([01580-add21](#)) wurden in ein „Compilation document“ ([WK 3137/2021 REV 2](#)) aufgenommen. Rumänien, Luxemburg und Portugal haben sich nicht an dem Austausch beteiligt.

Am 17. März 2021 wurden die Artikel 1 bis 5 und die Artikel 11, 13 und 14 erörtert, und das Dokument [WK 3545/2021 INIT](#) mit technischen Erläuterungen der Kommission wurde verteilt. Die portugiesische Präsidentschaft verteilte ihr Arbeitsdokument, das so genannte Non-Paper der Präsidentschaft ([WK 3712/2021 INIT](#)).

Am 21. April 2021 wurden die Artikel 6 bis 10, 12, 15 bis 18 und der Anhang diskutiert. Die Diskussion konzentrierte sich auf das „Compilation document“ [WK 3137/2021 REV 2](#). Ein Non-Paper des Vorsitzes ([WK 5226/2021 INIT](#)) wurde in Umlauf gebracht.

Am 26. Mai 2021 wurde der Anhang zum SAIO-Vorschlag erörtert. Die Kommission lieferte technische Klärstellungen ([WK 6769/21](#)); Finnland leistete einen Beitrag und bat um mehr Klarheit im Anhang ([WK 6909/2021 INIT](#)); Deutschland ([WK 6480/2001 + ADD1](#)) übermittelte Beiträge zu den Artikeln 2 und 7.

Am 18. Juni 2021 wurden die Erwägungsgründe erörtert. Es wurden die Redaktionsvorschläge des Vorsitzes ([WK 7972/2021 INIT](#)) verteilt, die Vorschläge für die Artikel 1-4, 6-11 und 13-14 enthalten. Die portugiesische Präsidentschaft erstellte einen [Fortschrittsbericht](#).

Am 1. Juli 2021 übernahm Slowenien die EU-Ratspräsidentschaft mit dem Ziel, einen Kompromiss zwischen den Mitgliedstaaten zum Vorschlag der Kommission zu erreichen.

Am 16. Juli 2021 organisierte die slowenische Präsidentschaft ihre erste informelle Videokonferenz, in der Artikel 6 und die Artikel 5, 2 und 11 diskutiert wurden und das Dokument [WK 09294/2021](#) verteilt wurde. Die Dokumente [ST 5865/21+ADD1](#), [WK 3137/2021 REV 2](#) (compilation document) and [WK 3545/2021 INIT](#) (technische Klärstellungen der Kommission) wurden ebenfalls als Arbeitsdokumente bei der Sitzung verwendet. Österreich schickte seinen Beitrag zur Sitzung zu Artikel 2 ([WK 09494/2021](#)).

Am 23. September 2021 wurden Artikel 5 und der Anhang diskutiert. Von dieser Sitzung haben wir kein Dokument erhalten, aber die Tagesordnung ist [hier](#) verfügbar.

² Dänemark hat seine ursprüngliche Position in einer später vorgelegten zweiten Stellungnahme in Teilen geändert.

Am 6. Oktober 2021 erörterte der Rat die Artikel 2, 4, 7, 8 (in Bezug auf das Thema „Pflanzenschutzmittel“) und den Anhang. Laut der [hier](#) online verfügbaren Tagesordnung wurde das Dokument ([ST 5865 2021 ADD 1](#)) erörtert, und es wurden keine neuen Dokumente eingeholt.

Am 10. November 2021 wurde ein erster Kompromisstext des Vorsitzes ([WK 13154/2021 INIT](#)) vorgelegt und diskutiert. Die slowenische Ratspräsidentschaft erinnerte an das vereinbarte Entscheidungsverfahren für das Dossier ([WK 12954 INIT](#)). Unser Antrag auf Zugang zu Dokumenten endete an diesem Punkt. Es gingen keine Stellungnahmen von Delegationen und/oder der Kommission zum Kompromisstext ein.

Am 1. Dezember organisierte die slowenische Präsidentschaft ihre fünfte informelle Videokonferenz, um den Text der zweiten Präsidentschaft zu erörtern, wobei eine Übergabe an die französische Präsidentschaft für den 15. Dezember 2021 geplant ist. Es wurden keine Dokumente

übermittelt, aber die Tagesordnung ist [hier](#) verfügbar. Bei dieser Sitzung einigte sich die Arbeitsgruppe Statistik auf eine endgültige Fassung des Standpunkts des Rates, für die sie auf der Sitzung des Sonderausschusses Landwirtschaft am 10. Dezember 2021 ein Mandat ([Verhandlungsmandat](#) mit [Anhang](#)) für die Trilogverhandlungen erhielt. Zwei Mitgliedstaaten, Deutschland und Österreich, haben dagegen gestimmt.

Wir gehen davon aus, dass der Trilog – die Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission – am 3. Februar 2022 beginnen wird.

ERGEBNISSE

Obwohl die Mitgliedstaaten stets betonten, dass sie die Hauptziele der SAIO-Verordnung unterstützen würden, nahmen sie am 10. Dezember 2021 ein Verhandlungsmandat für den Trilog an, das das Ziel, aussagekräftige Daten über den Pestizideinsatz zu sichern, untergraben würde.

So unterstützten alle Mitgliedstaaten das Unterziel der SAIO-Verordnung in Erwägungsgrund 2, *den Entscheidungsfindungsprozess mit aktualisierten Daten zu untermauern, um den European Green Deal mit den damit verbundenen Strategien „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie sowie künftige GAP-Reformen zu unterstützen.*

Der [Analyse von ClientEarth](#) zufolge haben die vom Rat vorgeschlagenen Änderungen am Rechtstext jedoch den gegenteiligen Effekt: Es wird auch im Jahr 2030 – oder darüber hinaus – nicht möglich sein, auf sinnvolle Weise

zu messen, ob die EU das Ziel einer 50-prozentigen Verringerung des Pestizideinsatzes erreicht, das den Kern der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ bildet. Wenn die im Ratsmandat vorgeschlagenen Änderungen in Bezug auf Pestiziddaten Gesetz werden, wird es 2030 immer noch keine verlässlichen oder genauen jährlichen Daten zum Pestizideinsatz für den Zeitraum 2022 bis 2030 geben. ClientEarth kritisiert auch neue Hürden, die der Rat geschaffen hat und die es der Kommission unmöglich machen würden, Datenlücken in Zukunft durch nicht-legislative Rechtsakte zu schließen. Das Mandat des Rates versucht auch, den Zugang der Öffentlichkeit zu Daten über den Pestizideinsatz einzuschränken, wobei das bestehende Recht der Öffentlichkeit auf Informationen über Schadstoffemissionen in die Umwelt völlig missachtet wird.

Zu den besonders problematischen Änderungen, die der Rat vorgeschlagen hat, gehören die folgenden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit³):

³ Diese Liste beschränkt sich auf die Abänderungen, die den Versuch des Rates, den SAIO-Vorschlag zu verwässern, am deutlichsten machen. Sie beschränkt sich auch auf die Abänderungen, bei denen es möglich war, den Mitgliedsstaat, bzw. die Mitgliedstaaten, die den entsprechenden Abänderungsantrag vorgebracht hatten, zu ermitteln. Eine umfassendere Beschreibung der problematischen Änderungsanträge im Ratsmandat bietet die Analyse von ClientEarth: <https://www.clientearth.org/latest/documents/time-to-fill-the-data-gap-on-the-use-of-pesticides/>

1. Statt jährlicher Daten über den Einsatz von Pestiziden wollen die Mitgliedstaaten diese Daten weiterhin nur alle fünf Jahre erheben und übermitteln (Ratsmandat, letzte Zeile des Anhangs).
2. Die Mitgliedstaaten lehnen den Vorschlag der Kommission für eine einheitliche und verbindliche Verwendung bestehender betrieblicher Aufzeichnungen über den Pestizideinsatz ab (Ratsmandat, Artikel 8 (3)).
3. Die Mitgliedstaaten lehnen die Forderung ab, dass die Aufzeichnungen der Landwirte und Landwirtinnen in elektronischer Form geführt und übermittelt werden müssen (Ratsmandat, Artikel 8 (4)).
4. Der Rat fordert die Kommission auf, durch Pilot- und Machbarkeitsstudien sicherzustellen, dass den Mitgliedstaaten keine erheblichen zusätzlichen Belastungen oder Kosten entstehen, wenn die Kommission in Zukunft Datenlücken schließen will (Ratsmandat, neuer Artikel 10a zusammen mit Änderungen an Artikel 5).
5. Der Rat schlägt vor, den Text zu streichen, der klarstellt, dass die SAIO-Verordnung das bestehende Recht der EU-Bürger:innen auf Zugang zu Umweltinformationen nicht berührt, ein Recht, das implizit auch Daten über den Einsatz von Pestiziden einschließt (Ratsmandat, Streichung von Erwägungsgrund Nr. 31). Der Rat versucht also auf diskrete Weise, das Recht der Öffentlichkeit auf Informationen über Emissionen in die Umwelt einzuschränken.

Ziel der vorliegenden Analyse war es, herauszufinden, welche Mitgliedstaaten in welchem Umfang zu diesen Änderungen, die den Kommissionsvorschlag verwässern, beigetragen haben oder sie zu verantworten haben. Zu diesem Zweck untersuchten wir die Stellungnahmen, die von den Mitgliedstaaten im Anschluss an die Ratssitzung vom 19. Februar 2021 (Präsentation des Kommissionsvorschlags) an die Ratspräsidentschaft übermittelt worden waren und von dieser in einem 159 Seiten umfassenden „[Compilation document](#)“ zusammengeführt wurden⁴. Besonderes Augenmerk haben wir auf die Änderungsanträge und Kommentare gelegt, die sich auf die Erhebung von Pestiziddaten und insbesondere auf die Punkte 1-5 beziehen. Auf diese Weise konnten wir

zumindest in Teilen die Beiträge der Mitgliedstaaten zu den problematischen Änderungen im Ratsmandat nachvollziehen.

Aus den Unterlagen geht hervor, dass eine Gruppe von zehn Mitgliedstaaten wiederholt Änderungsanträge und Kommentare mit identischem Wortlaut eingereicht hat, von denen die meisten darauf abzielten, den Legislativvorschlag abzuschwächen. Die Mitglieder dieser Gruppe (im Folgenden als „Gruppe der Zehn“ bezeichnet) haben in ihren Stellungnahmen auch ausdrücklich auf ihr abgestimmtes Verhalten hingewiesen⁵. Zu dieser Gruppe gehören **Tschechien (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Spanien (ES), Ungarn (HU), Irland (IE), die Niederlande (NL), Polen (PL), Slowenien (SI) und Österreich (AT)**, wobei Österreich und Dänemark in einzelnen Punkten abweichende Stellungnahmen abgaben, wie die Tabelle zeigt. Keine Einwände gegen den Kommissionsvorschlag äußerten **Luxemburg, Rumänien und Portugal**. Die übrigen vierzehn Mitgliedstaaten gaben Kommentare ab, in denen sie verschiedene Aspekte des Legislativvorschlags teils befürworteten, teils kritisieren.

Wir untersuchten, ob ein Mitgliedstaat einen bestimmten Vorschlag der Kommission ausdrücklich unterstützte (DUNKELGRÜN), ihn stillschweigend unterstützte (HELLGRÜN), moderate Kritik äußerte oder moderate Änderungen vorschlug (GELB), eine vergleichbar restriktive Änderung forderte wie der entsprechende Änderungsantrag (ORANGE) oder den entsprechenden Änderungsantrag selbst einbrachte (ROT). Das Ergebnis dieser Analyse wird in der Tabelle veranschaulicht.

⁴ Dokumente aus späteren Ratssitzungen geben nur über den jeweiligen Gegenstand der Diskussion Aufschluss, nicht aber über die Positionen der einzelnen Mitgliedstaaten und waren daher für die vorliegende Analyse von untergeordneter Bedeutung.

⁵ Alle Mitglieder der Gruppe der Zehn haben mit Ausnahme von Österreich in ihren ersten Stellungnahmen zum Kommissionsvorschlag, nahezu wortident erklärt: „Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die ausführlichen Stellungnahmen in diesem Dokument mit einer Gruppe von Ländern (CZ, DE, DK, ES, HU, IE, NL, PL, SI und AT¹) abgestimmt wurden, die große Bedenken und gemeinsame Standpunkte zu vielen wichtigen Bestimmungen des Kommissionsvorschlags haben.“ mit der Fußnote „1) AT unterstützt den Vorschlag mit einigen Ausnahmen“ (hier am Beispiel Deutschlands illustriert)

Tabelle: Positionen der Mitgliedstaaten zu 5 ausgewählten Änderungsanträgen⁶ im Ratsmandat zu Beginn der Verhandlungen

Use of plant protection products in agriculture: **Annually Every 5 years** (Annex (last line))

CZ	DK	DE	IE	ES	HU	NL	PL	SI	AT	BG	HR	LT	FI	EL	EE	LV	IT	CY	FR	SE	SK	MT	BE	PT	RO	LU	
Red	Green	Red	Orange	Yellow	Green	Orange	Yellow	Light Green	Light Green	Yellow	Yellow	Light Green	Light Green	Light Green	Light Green												

The statistics on plant protection products as referred to in Article 5(1), point (d)(iii) **shall may** be provided using the records kept ~~and made available~~ in accordance with Article 67(1) of Regulation (EC) No 1107/2009 **and made available for statistical purposes as administrative records to the national statistical authorities on their request** (Article 8 (3))

CZ	DK	DE	IE	ES	HU	NL	PL	SI	AT	BG	HR	LT	FI	EL	EE	LV	IT	CY	FR	SE	SK	MT	BE	PT	RO	LU	
Red	Light Green	Light Green	Red	Light Green	Light Green	Light Green	Yellow	Light Green	Light Green	Yellow	Orange	Light Green															

~~For that purpose, the Member States shall request from professional users of plant protection products, in electronic format, records covering at least the name of the plant protection product, the dose of application, the main area and the crop where the plant protection product was used in accordance with this Regulation.~~ (Article 8 (4))

CZ	DK	DE	IE	ES	HU	NL	PL	SI	AT	BG	HR	LT	FI	EL	EE	LV	IT	CY	FR	SE	SK	MT	BE	PT	RO	LU	
Orange	Green	Orange	Light Green	Light Green	Red	Yellow	Light Green	Yellow	Light Green	Light Green	Light Green	Yellow	Orange	Light Green	Light Green	Yellow	Light Green	Light Green	Light Green	Light Green							

In accordance with the objectives of this Regulation and where new regular data requirements or the need for significant improvement of regular data requirements are identified, the Commission (Eurostat) shall launch feasibility studies, in order to: [...] c) estimate the financial impact and burden on respondents (new Article 10a)

CZ	DK	DE	IE	ES	HU	NL	PL	SI	AT	BG	HR	LT	FI	EL	EE	LV	IT	CY	FR	SE	SK	MT	BE	PT	RO	LU	
Red	Light Green	Light Green	Light Green	Light Green	Red	Light Green	Yellow	Light Green	Light Green	Light Green																	

~~This Regulation should apply without prejudice to both Directive 2003/4/EC (16) and Regulation (EC) No 1367/2006 (17)~~ (Recital 31)

CZ	DK	DE	IE	ES	HU	NL	PL	SI	AT	BG	HR	LT	FI	EL	EE	LV	IT	CY	FR	SE	SK	MT	BE	PT	RO	LU	
Light Green	Light Green	Light Green	Light Green	Red	Light Green	Green	Light Green	Light Green	Light Green	Light Green																	

- explicit support for the Commission's text
- no amendment / no comment
- a similar but less restrictive amendment was supported
- the amendment in question (or a similar one) was supported in spirit in a commentary
- the amendment in question (or a similar one) was proposed by this MS

⁶ In den Änderungsanträgen zum Kommissionsvorschlag sind hinzugefügte Textteile **fettgedruckt** dargestellt. Streichungen werden **fett & durchgestrichen** kenntlich gemacht.

Wie unsere Analyse zeigt, lehnte die Gruppe der Zehn die Vorschläge der Kommission in vier der fünf oben beispielhaft ausgewählten Punkte (Punkte 1-4) ab, wobei Dänemark und Österreich, obwohl sie der **Gruppe der Zehn** angehören, teilweise von dem gemeinsamen Standpunkt abwichen.

Dänemark sprach sich, abweichend von der Gruppe der Zehn, für die jährliche Erhebung und Übermittlung von Daten über den Einsatz von Pestiziden aus und unterstützte auch ausdrücklich den Vorschlag für deren elektronische Erfassung. Dänemark hat seine von der Gruppe der Zehn abweichende Position in einer später vorgelegten [zweiten Stellungnahme](#) präzisiert und damit zumindest einen zentralen Pfeiler des SAIO-Vorschlags unterstützt. In anderen wichtigen Bereichen blieb Dänemark jedoch auf einer Linie mit der Gruppe der Zehn. Dänemark stimmte im Sonderausschuss Landwirtschaft am 10. Dezember 2021 ebenfalls mit JA und akzeptierte damit ein Mandat des Rates, das die Erhebung von Pestiziden durch freiwillige Erhebungen (im Gegensatz zu bestehenden Aufzeichnungen) erlaubt, die elektronische Erhebung und Übermittlung von Betriebsdaten ablehnt und die Häufigkeit der Daten zum Pestizideinsatz auf alle fünf Jahre begrenzt.

Österreich hingegen hat bei der Abstimmung am 10. Dezember 2021 überraschend mit NEIN gestimmt – ebenso wie Deutschland. Die Beweggründe dafür sind aus den uns vorliegenden Ratsdokumenten allerdings nicht klar erkennbar. Klar ist nur, dass Österreich in seiner Erklärung im März 2021 – anders als die anderen Mitglieder der Gruppe der Zehn – den Vorschlag für einen neuen Artikel 10a, der die Kommission verpflichten würde, kostspielige Pilot- und Machbarkeitsstudien zu initiieren und zu finanzieren, nicht unterstützt hat.

Deutschland stimmte ebenfalls überraschend gegen das Ratsmandat. Einen Tag vor der Abstimmung kündigte der erst am Vortag vereidigte deutsche Landwirtschaftsminister Cem Özdemir auf [Twitter](#) an, dass Deutschland gegen den aktuellen Entwurf stimmen werde, da die Erfüllung der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie systematisch überprüfbar und messbar sein müsse. Eine Übermittlung von Daten über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln höchstens alle fünf Jahre sei für den Minister „nicht akzeptabel“. Unter Özdemirs Vorgängerin Julia Klöckner hatte Deutschland immer wieder Änderungsanträge unterstützt, die den Kommissionsvorschlag verwässert haben, soweit wir das aus den uns vorliegenden Ratsdokumenten erkennen können.

Spanien unterstützte auch alle Bestrebungen, den SAIO-Vorschlag zu Daten über die Verwendung von Pestiziden zu verwässern. Darüber hinaus war Spanien der einzige Vertreter der Gruppe der Zehn, der vorschlug, den Verweis auf das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Umwelt-

informationen in den Erwägungsgründen (Erwägungsgrund 31) zu streichen, ohne dass der Text Schutzmaßnahmen enthielt, die den Zugang der Öffentlichkeit zu den Daten über den Einsatz von Pestiziden in einer sinnvollen Detailtiefe gewährleisten. Obwohl kein anderer Mitgliedstaat diese Idee ursprünglich unterstützte, wurde dieser wichtige Erwägungsgrund im SAIO-Vorschlag letztlich im Verhandlungsmandat des Rates aus dem Text entfernt.

Litauen stach ebenfalls mit besonders destruktiven Änderungsanträgen hervor. Obwohl Litauen nicht Mitglied der Gruppe der Zehn ist, sprach es sich von Anfang an gegen die jährliche Übermittlung der Anwendungsdaten aus und drängte darauf, die Verpflichtung zur Sammlung und Übermittlung der Aufzeichnungen der Landwirte und Landwirtinnen in elektronischer Form ganz zu streichen (Artikel 8 (4)). Dieser Vorschlag wurde auch in das Verhandlungsmandat des Rates aufgenommen. Litauen vertrat eine noch deutlichere Position als die Gruppe der Zehn in Bezug auf die obligatorische Verwendung bestehender Betriebsbücher. Litauen forderte die Streichung von Artikel 8 (3) und akzeptierte gleichzeitig den Vorschlag zur Aufhebung der aktuellen Pestizidstatistik-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 1185/2009).

Bulgarien, Kroatien, Finnland und Griechenland waren keine Mitglieder der Gruppe der Zehn; sie schlossen sich jedoch der klaren Ablehnung einer Verpflichtung zur jährlichen Übermittlung von Anwendungsdaten an.

Italien, die Slowakei, Rumänien und Luxemburg äußerten die wenigsten Einwände gegen den Kommissionsvorschlag. **Italien** befürwortete sogar ausdrücklich die Einführung der jährlichen Datenübermittlung. Malta begrüßte ausdrücklich Erwägungsgrund 31 zum Schutz der Rechte der EU-Bürger:innen auf Zugang zu Umweltinformationen.

Portugal hatte in der ersten Jahreshälfte 2021 die EU-Ratspräsidentschaft inne und erarbeitete den ersten Kompromissvorschlag. Die Stellungnahme Portugals zum Kommissionsvorschlag enthielt vergleichsweise wenig Kritik. Ende Juni übergab Portugal seine Präsidentschaft an Slowenien, ein Mitglied der Gruppe der Zehn.

Die übrigen Mitgliedstaaten, **Estland, Lettland, Zypern, Frankreich, Schweden, Malta** und **Belgien**, äußerten zu jeweils unterschiedlichen Aspekten des Kommissionsvorschlags moderate Kritik.

Eine detaillierte Zusammenstellung der von den Mitgliedstaaten eingereichten Änderungsanträge und Kommentare zu den fünf oben beschriebenen Aspekten der SAIO-Verordnung finden Sie im Anhang zu diesem Papier.

Für eine ausführlichere Bewertung des Ratsmandats in Bezug auf Pestiziddaten siehe die [Analyse von ClientEarth](#).

DISKUSSION

Obwohl alle Mitgliedstaaten zustimmen, dass die Verfügbarkeit von präzisen und zuverlässigen Pestizid-daten für die Gestaltung, Umsetzung, Überwachung, Bewertung und Überprüfung der Klima-, Umwelt- und Gesundheitspolitik sowie für die Gemeinsame Agrar-politik unerlässlich ist (Erwägungsgrund 1), nahm der Rat im Dezember eine verwässerte Version des SAIO-Vorschlags als Verhandlungsmandat an, mit der diese Ziele nicht erreicht werden können.

Maßgeblich dazu beigetragen hat jene Gruppe von zehn Ländern, die im Frühjahr 2021 im Rat koordinierte Änderungs-vorschläge abgegeben hatten. Diese Änderungs-anträge laufen auf eine systematische Sabotage des Kommissionsvorschlags hinaus. Es kann nur spekuliert werden, ob dies tatsächlich die Absicht der Mitglied-staaten war, oder ob tatsächlich rechtliche Bedenken (die letztlich unbegründet waren, wie ClientEarth⁷ erklärt) oder die Sorge vor einem Überstrapazieren ihrer Ressourcen für diese restriktive Herangehensweise verantwort-lich waren.

Zur Rechtfertigung ihres Widerstands gegen die obliga-torische Verwendung bestehender betrieblicher Auf-zeichnungen führte die Gruppe der Zehn unter anderem an, dass Statistiken über den Pestizideinsatz „neue Statistiken“ wären, da sich diese auf den European Green Deal beziehen. Daher müssten erst Pilot- und Machbar-keitsstudien durchgeführt werden, bevor signifikante Änderungen an der Qualität und dem Umfang der Daten eingeführt werden könnten.

Tatsächlich ist der Bedarf an Daten über den Einsatz von Pestiziden jedoch alles andere als neu. Er lässt sich bis ins Jahr 1993 zurückverfolgen, als das Fünfte Um-weltaktionsprogramm die „Verringerung des Chemika-lieneinsatzes“ in der Landwirtschaft als Ziel definierte und insbesondere die „signifikante Verringerung des

Pestizideinsatzes pro Produktionseinheit“ bis zum Jahr 2000 sowie die „Registrierung des Verkaufs und der Verwendung von Pestiziden“ vorsah.⁸ 1998 beschlossen die Mitgliedstaaten auf der Tagung des Rates „Land-wirtschaft“ in Cardiff, die Umweltrisiken des Pestizid-einsatzes (Wasserverschmutzung und Beeinträchtigung der biologischen Vielfalt) zu verringern, und entwickelten in diesem Zusammenhang Indikatoren zur Messung des Pestizideinsatzes.

Darüber hinaus ist das Führen von betrieblichen Auf-zeichnungen über den Pestizideinsatz seit 2011 gemäß der Verordnung 1107/2009 für alle gewerblichen An-wender verpflichtend. Die Gruppe der Zehn vertritt den abwegigen Standpunkt, dass diese Aufzeichnungen, da ihr ursprünglicher Hauptzweck nicht in der Erstellung von Statistiken bestand, auch nicht zu diesem Zweck ver-wendet werden sollten⁹. Die Europäische Kommission [verwies darauf](#), dass die nationalen statistischen Ämter der Mitgliedstaaten bereits heute die im Rahmen dieser Verordnungen erstellten Verwaltungsregister als Quellen für ihre Agrarstatistik nutzen.

Zahlreiche Mitgliedstaaten, insbesondere die Vertreter der Gruppe der Zehn argumentierten auch, dass die jähr-liche Erhebung von Statistiken über den Pestizideinsatz anhand der Aufzeichnungen der Landwirte und Land-wirtinnen, wobei die Erhebung und Übermittlung auf elektronischem Wege erfolgt, den Verwaltungsaufwand sowohl für die Landwirte und Landwirtinnen als auch für die öffentliche Verwaltung erhöhen würde¹⁰. Die Land-wirte und Landwirtinnen sind jedoch bereits verpflichtet, Daten über den Pestizideinsatz gemäß der Verordnung 1107/2009 zu erfassen und aufzubewahren. Nun schlägt die Europäische Kommission vor, dass die Meldung über das Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) erfolgen kann, das die Landwirte und Landwir-tinnen bereits nutzen.

7 Siehe Analyse von ClientEarth; Appendix 1 - No legal reasons to wait (page 8-14): <https://www.clientearth.org/latest/documents/time-to-fill-the-data-gap-on-the-use-of-pesticides/>

8 Abrufbar unter: „Towards sustainability“ the European Community Programme of policy and \ action in relation to the environment and sustaina-ble development aka „T\ he Fifth EC Environmental Action Programme“ (europa.eu)

9 In ihren Kommentaren zu Artikel 8 (3) erklärten die Mitgliedstaaten CZ/ DK / DE/ IE/ HU/ NL/ PL/ SI/ ES / AT: „The purpose is not to produce statistics. So why this reference?“ (siehe Anhang dieses Dokuments)

10 Siehe Bemerkungen der Mitgliedstaaten zum Anhang, zum neuen Artikel 10a und zu Artikel 8 (3) im Anhang dieses Dokuments

Wir leben in einem digitalen Zeitalter, in dem praktisch jeder ein Smartphone besitzt. Die Digitalisierung steht ganz oben auf der Agenda der EU¹¹, auch unter der französischen Ratspräsidentschaft¹². Aus Sicht der Landwirte und Landwirtinnen scheint es also naheliegend, Daten über den Pestizideinsatz elektronisch zu erfassen. Aus der Sicht der öffentlichen Verwaltung scheint es ebenso naheliegend, diese Aufzeichnungen für die Erstellung von Statistiken zu verwenden, anstatt kostspielige parallele Systeme freiwilliger Erhebungen einzurichten. Der SAIO-Vorschlag sieht auch eine finanzielle Unterstützung durch mögliche Zuschüsse zu den zusätzlichen Kosten für die Umsetzung der Methodik zur Aggregation der Verwaltungsdaten vor. Ressourcenknappheit und Kosten sind daher keine überzeugenden Argumente.

Ein weiterer höchst problematischer Aspekt des Ratsmandats ist die Streichung von Verweisen auf die EU-Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Aarhus-Konvention. Dies ist ein direkter Angriff auf das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Umweltinformationen, wie es in der Aarhus-Konvention garantiert wird.¹³ Dieser Versuch ist höchst kontraproduktiv und wird das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Bereitschaft der Regierungen, uns vor Schadstoffen wie Pestiziden zu schützen, nur noch weiter schwächen. Aber auch hier bleibt das Motiv unklar. Spanien argumentierte, dass die Anerkennung der Rechte der Bürger:innen auf Umweltinformationen Auswirkungen auf die „Nichtbeantwortungsquote“ haben könnte. In Anbetracht der Tatsache, dass Daten über den Einsatz von Pestiziden aus obligatorischen Aufzeichnungen stammen sollen, ist die „Antwortquote“ eine Frage der Rechtsdurchsetzung.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass sich die Mitgliedstaaten in einem „Race to the Bottom“ befinden. Eine solche Dynamik wird durch ein Abstimmungssystem gefördert, das Schweigen automatisch als Zustimmung wertet¹⁴, und durch Entscheidungsprozesse im Rat, die undurchsichtig bleiben. Mit anderen Worten, es ist

möglich, dass die Mitgliedstaaten davon ausgingen, dass niemand nachschauen oder sie zur Rechenschaft ziehen würde, wenn sie die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ unter den Tisch fallen ließen.

Eines ist auf jeden Fall sicher: Die Verringerung des Pestizideinsatzes und -risikos ist von zentraler Bedeutung für den Schutz der biologischen Vielfalt, des Wassers und des Bodens und daher ein Hauptziel des European Green Deal. Um das zu messen, braucht man Daten.

Für das ordnungsgemäße Funktionieren anderer Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt, wie z. B. Wassergesetze¹⁵ oder Gesetze über geschützte Arten und den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden, sind ebenfalls Daten erforderlich.¹⁶ Der Widerstand der Mitgliedstaaten gegen die Nutzung vorhandener Datensätze wirft die Frage auf, wie sie diese und andere EU-Umweltgesetze umsetzen können, ohne diese Datensätze zu sammeln.

GLOBAL 2000 und PAN Europe kritisieren diese offensichtliche Missachtung der Dringlichkeit, die negativen Auswirkungen von Pestiziden zu reduzieren. Es ist nicht nötig, hier die Schäden aufzuzählen, die Insekten, wirbellosen Tieren, Vögeln und anderen Säugetieren zugefügt werden. Unsere biologische Vielfalt stirbt und die Mitgliedstaaten versuchen, das Green Deal-Ziel der Pestizidreduktion zu untergraben anstatt für Transparenz und Klarheit zu sorgen. Das ist inakzeptabel.

Wir fordern deshalb den Rat auf, bei den anstehenden Trilog-Verhandlungen sicherzustellen, dass die Verringerung des Pestizideinsatzes jedes Jahr gemessen wird, dass diese Daten aus den Aufzeichnungen der Landwirte und Landwirtinnen gesammelt und in elektronischer Form übermittelt werden und dass sie dann in einer aussagekräftigen Detailtiefe veröffentlicht werden, die dem bestehenden Recht der Öffentlichkeit auf Informationen über Emissionen entspricht.

11 Siehe https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age_en

12 Siehe en_programme-pfue-v1-2.pdf (europa.eu)

13 Siehe Analyse von ClientEarth; Appendix 2 – A reminder of the public's right to access records on pesticide use: Seite 12-14: <https://www.clientearth.org/latest/documents/time-to-fill-the-data-gap-on-the-use-of-pesticides/>

14 Aus internen Dokumenten der Mitgliedstaaten geht hervor, dass es gängige Praxis war, dass der Vorsitz die Delegationen aufforderte, das Wort zu ergreifen, wenn sie Vorschläge ändern oder ablehnen wollten, da „Schweigen Zustimmung bedeuten“ würde.

15 Gemäß der Richtlinie 2000/60 sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Informationen über die Art und das Ausmaß der signifikanten anthropogenen Belastungen, denen die Oberflächenwasserkörper in jeder Flussgebietseinheit ausgesetzt sein können, zu sammeln und auf dem neuesten Stand zu halten (Anhang II Abschnitt 1.4 der Richtlinie 2000/60). Zu diesem Zweck müssen sie Daten über den Einsatz von Pestiziden in dem an das Einzugsgebiet angeschlossenen Gebiet erheben.

16 Gemäß der Richtlinie 2000/60 sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, Informationen über die Art und das Ausmaß der signifikanten anthropogenen Belastungen, denen die Oberflächenwasserkörper in jeder Flussgebietseinheit ausgesetzt sein können, zu sammeln und auf dem neuesten Stand zu halten (Anhang II Abschnitt 1.4 der Richtlinie 2000/60). Zu diesem Zweck müssen sie Daten über den Einsatz von Pestiziden in dem an das Einzugsgebiet angeschlossenen Gebiet erheben.

ANHANG

Anhang: Zusammenstellung der jeweiligen Änderungsanträge (2. Spalte) und Kommentare (3. Spalte) der Mitgliedstaaten zu den fünf im Kapitel „Ergebnisse“ beschriebenen problematischen Änderungsvorschlägen, die letztlich in das Ratsmandat Eingang fanden¹⁷:

Council Position (as agreed on 10 December 2021)	First amendments from Member States (as submitted in March 2021)	Member States' comments (submitted in March 2021)
<p>(31) This Regulation should apply without prejudice to both Directive 2003/4/EC (16) and Regulation (EC) No 1367/2006 (17).</p>	<p>ES Proposed Amendment: (31) This Regulation should apply without prejudice to both Directive 2003/4/EC (16) and Regulation (EC) No 1367/2006 (17).</p>	<p>ES The mention of these two legal acts may have an impact in the no-response rate. We would prefer not to include this recital.</p> <p>MT We agree with this proposal</p>
<p>Article 8 Data sources and methods</p> <p>3. The statistics on plant protection products as referred to in Article 5(1), point (d)(iii) shall may be provided using the records kept and made available in accordance with Article 67(1) of Regulation (EC) No 1107/2009 and made available for statistical purposes as administrative records to the national statistical authorities on their request.</p>	<p>CZ/ DK/ DE/ IE/ HU/ NL/ PL/ SI: AT Proposed Amendment (submitted separately by MS who have not expressed a coordinated position): 3. The statistics on plant protection products as referred to in Article 5(1), point (d)(iii) shall may be provided using the records kept and made available in accordance with Article 67 of Regulation (EC) No 1107/2009.</p>	<p>CZ/ DK / DE/ IE/ HU/ NL/ PL/ SI Scrutiny reservation: The purpose of Regulation 1107/2009 is to ensure a high level of protection of both human and animal health and the environment and to improve the functioning of the internal market through the harmonisation of the rules on the placing on the market of plant protection products, while improving agricultural production". The purpose is not to produce statistics. So why this reference? Art. 67 of Reg. 1107/2009 does not prescribe a certain format for the records to be kept by users of PPP while the proposal for Art. 8(4) of SAIO foresees to oblige users to deliver electronic records. - If the Commission sees a necessity to use electronic records, would it not be a nearby way to change the specialised law? - The obligation to deliver electronic records would create a big burden for many users of PPP. Why should this be done for statistical purposes when it is not necessary in specialised law? It is not a purpose of European statistics to control the behaviour of farmers, but such an image would be created if the proposal would be realised. This would have negative consequences on the willingness of farmers to provide information and thus on the quality of results. Art. 67 of Reg. 1107/2009 creates an obligation to keep records for all users named there. What is the idea of the COM concerning the number of users (sample size) which would be obliged</p>

¹⁷ Diese Übersicht basiert auf dem „[Compilation document](#)“ WK 3137/2021 REV 2 des Rates vom Frühjahr 2021.

		<p>to deliver electronic records following Art. 8(4) of SAIO?</p> <p>Besides these points, Art. 8(3), 8(4) mean an input harmonisation which is unusual for European Statistics. In addition, since Art. 8(3) stipulates (by reference to Article 5(1), point (d)(iii)) that both detailed topics of the topic „PPP“, thus including the statistics on PPP placed on the market, shall be provided using the records kept and made available in accordance with Article 67 of Regulation (EC) No 1107/2009. This would mean a big complication of the latter statistics which is right now created from data collected by companies which produce or import PPP.</p> <p>AT While we welcome attempts to give NSI's access to existing (administrative) data, the current wording would leave us on unstable legal ground. Our specific concerns are:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Article 8(3) refers to Article 67 of Reg. 1107/2009. The purpose of Regulation 1107/2009 is „to ensure a high level of protection of both human and animal health and the environment and to improve the functioning of the internal market through the harmonisation of the rules on the placing on the market of plant protection products, while improving agricultural production“. The purpose is not to produce statistics. So why this reference? 2. Article 67 of Reg. 1107/2009 does not prescribe a certain format for the records to be kept by users of PPP while the proposal for Article 8(4) of SAIO foresees to oblige users to deliver electronic records. <ul style="list-style-type: none"> • If the Commission sees a necessity to use electronic records, would it not be a nearby way to change the specialised law? • The obligation to deliver electronic records would create a big burden for many users of PPP. Why should this be done for statistical purposes when it is not necessary in specialised law? • It is not a purpose of European statistics to control the behaviour of farmers, but such an image would be created if the proposal would be realised. 3. Article 67 of Reg. 1107/2009 creates an obligation to keep records for all users named there. What is the idea of the COM concerning the number of users (sample size) which would be obliged to deliver electronic records following Article 8(4) of SAIO? 4. Besides these points, the draft Article 8(3), 8(4) mean an input harmonisation which is unusual for European Statistics. In addition, since Article 8(3) stipulates (by reference to Article 5(1), point (d)(iii)) that both detailed topics of the topic „PPP“, thus including the statistics on PPP placed on the market, shall be provided using the records kept and made available in accordance with Article 67 of Regulation (EC) No 1107/2009. This would mean a big complication of the latter statistics which is right now created from data collected by companies which produce or import PPP.
--	--	---

	<p>ES Proposed Amendment:</p> <p>3. The statistics on plant protection products as referred to in Article 5(1), point (d)(iii) shall might be provided using the records kept and made available in accordance with Article 67 of Regulation (EC) No 1107/2009.</p> <p>LT Proposed Amendment:</p> <p>3. The statistics on plant protection products as referred to in Article 5(1), point (d)(iii) shall be provided using the records kept and made available in accordance with Article 67 of Regulation (EC) No 1107/2009.</p>	<p>ES The purpose of Regulation 1107/2009 is to ensure a high level of protection of both human and animal health and the environment and to improve the functioning of the internal market through the harmonisation of the rules on the placing on the market of plant protection products, while improving agricultural production". The purpose is not to produce statistics. So why this reference? Art. 67 of Reg. 1107/2009 does not prescribe a certain format for the records to be kept by users of PPP while the proposal for Art. 8(4) of SAIO foresees to oblige users to deliver electronic records.</p> <p>LT There is no obligation for Member States and their professional users of plant protection products to keep records in electronic format in the existing EU legal acts. Therefore, professional users may keep records in paper format and collection of these records for statistical needs annually will increase burden on NSIs and will require significant additional funds for the Member States. We are of the opinion, that the issue of annual delivery of data on use of plant protection products cannot be discussed in the frame of the SAIO Regulation until the revision of Regulation (EC) No 1107/2009 or Directive 2009/128/EC is done and the obligation for professional users to keep electronic records appears in these or in other EU legal acts. Our main idea is that first of all NSIs should be ensured that data appears in administrative data sources and only after that they could use these data. Therefore, we think that recitals, articles and paragraphs related to this issue should be discussed and reworded after these discussions.</p> <p>FR Article 67 refers to the registration of pesticide uses and the availability of such registrations to the competent authorities, but not their transmission. With a view to an annual collection of these data and in particular the use of pesticides, should transmission not be made compulsory? This would imply adding legal provisions in the legislative act or in the implementing act.</p> <p>LV Article 67 of Regulation (EC) No 1107/2009 refers to the registration of pesticide uses and the availability of such registrations to the competent authorities, but not their transmission, therefore this provision is vague. These data are administrative data and so to ensure that these records can be used for statistical purposes to fulfil requirements of this proposal, specific changes must be made in the initial legislation.</p> <p>SE The wording of the collection method regarding plant protection products is a late addition that was sent to MS in February. It</p>
--	--	---

		<p>has therefore not been discussed in DGAS and ESSC. The consequences for farmers and the national administration need further analyses. It should be noted that Regulation (EC) No 1107/2009 is a policy regulation, not a regulation within ESS. At the moment it is unclear what changes might be needed in regulation (EC) No 1107/2009 and/or in national applications of the regulation in order to use the administrative records for the statistical purpose set out in this regulation. It is foreseen that the administrative burden and costs will increase.</p>
<p>4. For that purpose, the Member States shall request from professional users of plant protection products, in electronic format, records covering at least the name of the plant protection product, the dose of application, the main area and the crop where the plant protection product was used in accordance with this Regulation.</p>	<p>DK Proposed Amendment: 4. For that purpose, the Member States shall request from professional users of plant protection products, in electronic format, records covering at least the name of the plant protection product, the dose of application, the main area size and the crop where the plant protection product was used in accordance with this Regulation.</p> <p>LT Proposed Amendment: 4. For that purpose, the Member States shall request from professional users of plant protection products, in electronic format, records covering at least the name of the plant protection product, the dose of application, the main area and the crop where the plant protection product was used in accordance with this Regulation.</p> <p>AT Proposed Amendment: 4. For that purpose, the Member States shall may request from professional users of plant protection products, in electronic format, records covering at least the name of the plant protection product, the dose of application, the main area and the crop where the plant protection product was used in accordance with this Regulation.</p> <p>FI Proposed Amendment: 4. For that purpose, the Member States shall request from professional users of plant protection products, in electronic format, records covering at least the name of the plant protection product, the dose of application, the main area and the crop where the plant protection product was used in accordance with this Regulation.</p>	<p>LT The same comment as in paragraph 3 of this article.</p> <p>AT See point 3 above</p> <p>FI The information may not be available in electronic form. It can be on farms in different planning software or on paper. In addition, Member States should be able to choose the method of data collection as long as the output is harmonized (so called input harmonization should be avoided).</p>
<p>new Article 10a Feasibility and pilot studies</p> <p>1. In accordance with the objectives of this Regulation and where new regular data requirements or the need for significant improvement of regular data requirements are identified, the Commission (Eurostat) shall launch feasibility studies, in order to:</p> <p>a) evaluate the availability of appropriate new data sources and production techniques in Member States,</p>	<p>CZ/ DK / DE/ IE/ ES/ HU/ NL/ PL/ SI Paragraph proposal:</p> <p>1) In accordance with the objectives of this Regulation and where the new data requirements or improvement needs are identified, the Commission (Eurostat) shall, where necessary, launch feasibility and pilot studies, to be carried out on a voluntary basis by the Member States, in order to:</p> <p>a) test the feasibility of new data collections, including the availability of appropriate data</p>	<p>CZ/ DK / DE/ IE/ ES/ HU/ NL/ PL/ SI</p> <p>We recognise the need for future developments with regard to the production of high quality and comparable European statistics in order to support the Union policies, such as the European Green Deal with the underlying farm to fork and biodiversity strategies. However, we have concerns regarding the implications of introducing future new data collections pursuant to article 5(8) point (e) and article 6. These concerns are e.g. linked to developing and producing new statistics underpinning the European Green Deal with</p>

<p>b) assess the feasibility of new regular data requirements and production techniques in data collection,</p> <p>c) estimate the financial impact and burden on respondents.</p> <p>2. In accordance with the objectives of this Regulation and where ad hoc data requirements are identified, the Commission (Eurostat) shall launch feasibility studies, in order to evaluate the feasibility of ad hoc data requirements and to estimate their financial impact and burden on respondents.</p> <p>3. Within each particular feasibility study, the Commission (Eurostat) shall assess whether the new statistics can be produced by using the information available in the relevant administrative sources at Union level in order to minimise additional burdens on national statistical institutes and other national authorities and enhance the use of existing data in accordance with Article 17a of Regulation (EC) No 223/2009.</p> <p>4. Within a particular feasibility study on new regular and ad hoc data requirements and production techniques the Commission (Eurostat) may, where necessary, launch pilot studies, to be carried out on a voluntary basis by the Member States, in order to test the implementation of new requirements in different organisational environments by conducting that implementation on a smaller scale.</p> <p>5. The results of the feasibility and pilot studies accompanied, where appropriate, by proposals for introducing new regular and ad hoc data requirements referred to in paragraph 1 and 2 shall be evaluated by the Commission (Eurostat) in cooperation with Member States and the main users of the data sets. Following the evaluation, the Commission shall prepare a report on the findings of the feasibility and pilot studies. Those reports shall be made public.</p> <p>6. While preparing a delegated act referred to Article 5(8), Article 6(1) and Article 7(1a), the Commission shall duly take into account the results of the feasibility and pilot studies, in particular on the feasibility of implementation of new or ad hoc data requirements in all Member States.</p>	<p>sources and production techniques, statistical quality and comparability and the costs and burdens involved,</p> <p>b) develop and implement new detailed topics for the collection of data in accordance with Article 5 (9) point (d).</p> <p>c) develop and implement ad hoc data requirements in accordance with Article 6</p> <p>2) Before launching each particular feasibility and pilot study, the Commission (Eurostat) shall assess whether the new statistics can be based on the information available in the relevant administrative sources at Union level in order to harmonise the concepts used, where possible, and in order to minimise additional burdens on national statistical institutes and other national authorities and enhance the use of existing data in accordance with Article 17a of Regulation (EC) No 223/2009.</p> <p>3) The Commission (Eurostat) shall provide to the Member States that carry out feasibility or pilot studies appropriate financing in accordance with Article 12.</p> <p>4) The results of the feasibility and pilot studies referred to in paragraph 1 shall be evaluated by the Commission (Eurostat) in cooperation with Member States and the main users of the data sets.</p> <p>FI New Article proposal:</p> <p>1. Where the Commission (Eurostat) identifies a need for significant new data requirements or improvements to the data sets covered by this Regulation, it may launch pilot studies to be carried out by the Member States on a voluntary basis before any new data collection.</p> <p>2. Such pilot studies shall be carried out in order to assess the relevance and feasibility of obtaining data. The results of those studies shall be evaluated by the Commission (Eurostat) in cooperation with Member States and the main stakeholders. The evaluation of the results shall take into account the benefits and the additional costs and burden of having the improvements.</p> <p>3. Following the evaluation referred to in paragraph 2, the Commission shall prepare in cooperation with the Member States a report on the findings of the studies referred to in paragraph 1. That report shall be made public.</p> <p>4. The Commission shall report by [tbd] and every [tbd] years thereafter on the overall progress made regarding the pilot studies referred to in paragraph 1. Those reports shall be made public. The Commission shall, if appropriate and taking into account the evaluation of the results referred to in paragraph 2, accompany those reports by proposals for introducing new data requirements.</p>	<p>the underlying farm to fork and biodiversity strategies,</p> <p>In addition, the future development, production and dissemination of new data collections intended under Article 5(8) point (e) and Article 6 might impose additional production costs on Member States authorities and response burden on the agricultural sector.</p> <p>In addition, the availability of reliable data sources and production techniques, for collecting and producing data on the abovementioned strategies should be taken into account. Therefore, we propose that pilot studies should be carried out, exploring the feasibility of producing new statistics.</p> <p>Finally, we are of the opinion that introducing pilot studies is entirely in accordance with the Annex II on European statistics of the Single Market programme. See under chapter sustainable development, natural resources and environment. It includes the following.</p> <p>„Where the development of new statistics and indicators for the topics mentioned in the intend above is necessary, the data availability and the feasibility for producing statistics and indicators shall be further examined within the European Statistical System“.</p> <p>(Council document 14258/20 dated 18 December 2020)</p> <p>FI Proposal to add a new Article 11a. on Pilot studies along the lines of the EBS and the IESS regulations.</p>
---	---	--

<p>ANNEX</p> <p>Use of plant protection products in agriculture</p> <p>Annually Every 5 years</p>	<p>CZ/ DE/ IE/ ES/ HU/ NL/ PL/ SI; BG EL HR LT AT FI</p> <p>Proposed Amendment (submitted separately by MS who have not expressed a coordinated position): Annually Every five years</p>	<p>CZ/ DE/ IE/ ES/ HU/ NL/ PL/ SI</p> <p>This is a huge burden for Member States, and we take a general reservation on plant protection products, and we propose the frequency to be extended.</p> <p>IT Annually</p> <p>MT The annual transmission frequency will impose an additional burden on NSO and the respondents.</p>
--	---	--